



# *Antisemitismus im Reichstag*

Judenfeindliche Sprache in Politik und  
Gesellschaft der Weimarer Republik

Susanne Wein



PETER LANG  
EDITION

„Donnerstag, 21.11.29 [...] Mit Erna noch Spaziergang durch die nächtliche Friedrichstadt. Kanalisationsarbeiten, aus schwach beleuchteter Grube ragt die Figur eines trotzigen Arbeiters heraus: ‚Hund – Schinder – Jude!‘ klingt es in wütender Steigerung aus der Tiefe heraus.“<sup>1</sup>

## Einleitung

Trotz der vielfältigen und umfangreichen Forschungen über den Antisemitismus in Deutschland gibt es noch keine Gesamtdarstellung über die Relevanz, das Ausmaß und das Einwirken antisemitischer Einstellungen auf die politische Kultur der deutschen Gesellschaft während der Zeit der Weimarer Republik.<sup>2</sup> Da sich Fragen zu Haltungen und Einstellungen vergangener Zeiten jedoch ohnehin kaum statistisch erheben lassen, wird auch diese Studie das Desiderat nicht beheben. Vielmehr will sie einen weiteren Baustein zu den Einzelstudien über die 1920er Jahre liefern, die über das dort wirkungsmächtige Judenbild mit seinen manifest- wie codiert-antisemitischen Formen geforscht haben und die in weiten Teilen konvergente Ergebnisse aufweisen.<sup>3</sup> Als gesichertes Erkenntnis kann inzwischen gelten, dass Antisemitismus in der Weimarer Republik eine feste und sichtbare Größe darstellte und Jüdinnen und Juden aller gesellschaftlichen Schichten und in verschiedenen Milieus im öffentlichen wie im privaten Bereich auf vielfältige Weise immer wieder davon betroffen sein konnten.

Der Weimarer Reichstag als exponierter Ort politischer Kultur, an dem Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen politischen Weltanschauungen sowie unterschiedlicher Teilkulturen aufeinandertrafen und ihre parteipolitischen Einstellungen öffentlich vertraten, ist als Institution trotz seiner Schnittstellenposition in der Forschung lange vernachlässigt worden.<sup>4</sup> Eine Untersuchung, die den Inhalt der Plenardebatten der 1920er Jahre ins Zentrum stellt und die Aktionen und Reaktionen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu bestimmten Themenfeldern betrachtet, gibt es bisher nicht.<sup>5</sup>

- 
- 1 Tagebucheintrag von Ernst Feder, Ressortleiter für Innenpolitik beim Berliner Tageblatt, vom 21. November 1929, Feder (1971), S. 230.
  - 2 Auf dieses Desiderat wies z.B. Rürup hin, Rürup (2004), S. 117–135, hier S. 133f.
  - 3 Siehe Asmuss (1994); Haury (2002); Hecht (2003); Kauders (1996); Lau (2008); Ulmer (2011); Walter (1999); Wenge (2005); Wildt (2007).
  - 4 Neben der Habilitationsschrift von Thomas Mergel zur *Parlamentarischen Kultur*, die sich der Form der Zusammenarbeit in der Institution Reichstag widmete, einer Arbeit über das Demokratieverständnis in der Nationalversammlung sowie einer Studie über die Reichstagspolitik der NSDAP, existieren in der Geschichtswissenschaft keine Monografien, die die Plenardebatten des Weimarer Reichstages als zentrale Quelle nutzen. Bollmeyer (2007); Döring (2001); Mergel (2002).
  - 5 Mit dem Forschungsgegenstand der Plenardebatten des *Bundestages* zum Thema Vergangenheitsbewältigung arbeiten z.B.: Dubiel (1999); Rensmann (2004); Robel (2013).

Parlament und Regierungskabinett „machten“ zwar „die Politik“ und verkörperten die Makroebene im horizontalen Schichtmodell des politischen Systems von Politik und Gesellschaft; aber die Abgeordneten als Individuen mit je spezifischen Prägungen und Einstellungen hatten auch eine wichtige Mittel- und Mittlerposition zwischen der hohen, für den „Volksmund“ abgehobenen Politik und der Mikroebene der Alltagskultur inne. Durch ihre formellen und informellen Kontakte zur Presse als Mesoebene mit Scharnierfunktion zwischen „oben“ und „unten“, versuchten die gut informierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Stimmung im Land zu eruieren sowie diese nach ihren Möglichkeiten zu beeinflussen. Die Abgeordneten agierten in ihren Reden, spontanen Zwischenrufen und symbolischen Politikformen einmal aus ihren politisch-kulturell erlernten Überzeugungen und ihren habituellen Einstellungen heraus. Darüber hinaus waren nicht wenige von ihnen „Polit-Profis“, die wussten, dass es in den Plenardebatten weniger darum ging, die politischen Gegner zu überzeugen, als vielmehr die Position der eigenen Partei vor den Anhängerinnen und Anhängern im Land pointiert zu präsentieren. Überdies gilt, was Willibald Steinmetz für das britische Parlament im 18. und 19. Jahrhundert feststellt, generell für die reglementierte Parlamentssprache:

„Debattenprotokolle [sind] ideale Quellen, um die dauernde Verfertigung und die allmähliche Verschiebung der Grenzen des Sagbaren auch in bezug auf den Inhalt der Argumente zu verfolgen.“<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint es lohnenswert, im Parlament als Kristallisationspunkt nach dem Auftreten und der Rolle von antisemitischen Äußerungen zu fragen. Welchen Stellenwert hatte der Antisemitismus in den hier ausgewählten diskursrelevanten Ereignissen der 1920er Jahre? Die Studie möchte die Bedingungen und Möglichkeiten der politischen Akteure<sup>7</sup> zur Förderung oder Abwehr von Antisemitismus in den Aushandlungsprozessen ausloten.<sup>8</sup> Lassen sich Veränderungen in der politischen Kultur bezüglich antisemitischer Einstellungen in den verschiedenen Milieus und fragmentierten Teilkulturen feststellen? Im Fokus stehen dabei

---

6 Steinmetz (1993), S. 45.

7 Es wird ein breiter Akteursbegriff zugrunde gelegt, der politisch Handelnde im Rahmen der *politics* (neben der Institutionen- und Verfassungsebene *polity* und der normativen *policy*-Ebene gemäß der gängigen Unterteilung in der Politikwissenschaft) meint; aber auch darüber hinaus Kooperationen und Einzelne, die Zugang zur politischen Öffentlichkeit haben und dort innerhalb gewisser Agitationsfelder beeinflussend wirken können (wie die Medien), Rohe (1994). Den Begriff des Akteurs, der Akteurin werde ich nicht generell in männlicher und weiblicher grammatikalischer Form verwenden, um das faktische Ungleichgewicht der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern nicht zu verschleiern.

8 Willibald Steinmetz spricht bei seiner Analyse des Handlungsspielraums der politischen Akteure von den geltenden „Kompetenzdefinitionen“ der politischen Kultur zu einem bestimmten Zeitpunkt und den davon abhängigen „Grenzwahrscheinlichkeiten“, die Politiker potentiell eingehen können, Steinmetz (1993), S. 25–27.

manifeste und latente Formen antisemitischer Ausprägungen und stereotyper Denkmuster. Durch Kontextualisierung und Hermeneutik des Sprachhandelns werden diese Denkmuster in der politischen Kultur der Weimarer Gesellschaft analysiert.<sup>9</sup> Untersucht wird der parlamentarische Schlagabtausch, der aufzeigen kann, welche Bedeutung den verwendeten Begriffen sowohl von den Sprechenden als auch den Rezipienten *ad hoc* zugeordnet wurde. Relevant sind demnach die situativen Deutungsmuster, und weniger ein begriffsgeschichtliches Herausfiltern von Haupt- und Gegenbegriffen. Die längeren Zitate und Beschreibungen einzelner Debattensituationen sollen vielmehr anschauliche Bilder abgeben, die dann quellenkritisch analysiert werden.<sup>10</sup>

Zur Erklärung des epochenübergreifenden Phänomens und Problems des Antisemitismus bzw. des Judenhasses mit seinen Kontinuitäten, Brüchen und Modifizierungen von der Antike über den modernen Antisemitismus bis hin zur Shoah und dem Post-Holocaust-Antisemitismus sowie den heutigen Ausprägungen antisemitischer Denkformen können keine monokausalen oder unidisziplinären Antworten genügen. Geschichts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschungen sollten sich mit psychologischen und psychoanalytischen Ansätzen ergänzen, wie es die Kritische Theorie im Sinne einer grundsätzlicheren Gesellschaftskritik vorgeschlagen und begonnen hat. Hierauf kann diese empirisch geschichtswissenschaftlich ausgelegte Studie allerdings nur in der theoretisch-methodischen Hinführung verweisen. Trotz der Betonung der *longue durée* soll jedoch nicht einer linearen, unausweichlichen Geschichte von Judenfeindschaft, Judenhass und Judenverfolgung bis hin zur Judenvernichtung das Wort geredet werden. In der Regel taucht das Schlagwort vom „ewigen Antisemitismus“ auch eher als Unterstellung auf, denn ein solcher Geschichtsdeterminismus wird in der Forschung nirgendwo ernsthaft vertreten; überdies würde eine solche Vorstellung keinen Erkenntnisgewinn enthalten. Viel eher trifft dagegen die Formulierung von Robert Wistrich zu, der den Antisemitismus als *the longest hatred* bezeichnete, ohne darin ein gleichbleibendes, sich nicht veränderndes Phänomen zu sehen.<sup>11</sup>

Für die heutige Forschung ist es gleichzeitig kein leichtes Unterfangen, die Analyse antisemitischer Einstellungen in der Weimarer Republik, auf die der National-

---

9 Zur Definition von Politischer Kultur s.u. Betont werden soll hier bereits, dass nicht *eine* monolithische politische Kultur existiert, vielmehr gibt es in einer zergliederten, fragmentierten Gesellschaft entsprechend viele, sich wandelnde Deutungsmodelle, die unterschiedlich starken Einfluss haben, Schirmer (1992). Die hier angewandte Methode lehnt sich

10 Der Ansatz lehnt sich damit eher an eine Untersuchung der „Ebene elementarer Sätze“ an, Steinmetz (1993), S. 31–34, hier S. 33. Zur Begriffsgeschichte: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.) (1972–1997); zu ihrer Genese und Fortentwicklungen: Bödeker (2002), S. 7–27; Ders. (Hg.) (2002); Busse (2003), S. 39–53; Kollmeier (2012); Koselleck (2003), S. 3–16; Koselleck (2006); Müller (Hg.) (2004); Steinmetz (Hg.) (2007); Steinmetz (2008), S. 174–197.

11 Wistrich (1991); vgl. auch Wistrich (2010).

sozialismus folgte, für sich genommen und gerade nicht als „Vorgeschichte des Mordes an den europäischen Juden“<sup>12</sup> zu betrachten. Man muss darauf reflektieren, dass wir heute um die nachfolgende Zeit, die NS-Judenpolitik und die Shoah wissen und darum, wie die antijüdische Propaganda in die Tat umgesetzt wurde. Die Gegnerinnen und Gegner der Nationalsozialisten, die Masse der Indifferenten bis hin zu den stillen Befürwortern dieser Propaganda in der Weimarer Dekade wussten nichts von der Zukunft. Darum ist eine Untersuchung der zeitgenössischen Quellen, wodurch die Kontinuitäten und Brüche zu der Zeit davor nachverfolgt werden können, umso wichtiger. Die Hinweise in der Studie, dass auf manifest-antisemitische Sprachhandlungen im Einzelfall oft nicht reagiert wurde, sind deshalb keine pauschalen Anklagen gegen Personen oder politische Gruppen, vielmehr handelt es sich um Indikatoren für ein sich veränderndes Klima, das die spätere Durchsetzung einer antisemitischen Politik ermöglichte.

Der Fokus auf antisemitische Tendenzen in den 1920er Jahren, den diese Studie setzt, könnte außerdem den Eindruck erwecken, dass Deutungsmuster rund um den Blick auf ‚den Juden‘<sup>13</sup> – also entweder judenfeindliche Deutungs-codes oder anti-antisemitische – in der gesamtgesellschaftlichen politischen Kultur eine außerordentlich hervorgehobene Rolle gespielt hätten. Dies war aber nicht der Fall und die antisemitische Deutungskultur war eine unter mehreren. Es ist nicht auszuschließen, dass ein eher unpolitisch eingestellter Teil der Bevölkerung kaum mit der sogenannten jüdischen Frage in Berührung kam und darum keine dezidierte Meinung dazu hatte. In der Forschung ist die Frage nach der Zustimmung zum Antisemitismus selbst bei NSDAP-Wählerinnen und –Wählern mitunter strittig, weil sich solche Einstellungen nicht eindeutig messen lassen.<sup>14</sup> Allerdings ließ die Partei in Propaganda und Auftreten keinerlei Zweifel an ihrer basalen antisemitischen Weltanschauung aufkommen. Darüber hinaus kann für die 1920er Jahre ganz allgemein eine virulente und anlässlich zahlreicher politischer Ereignisse öffentlich sichtbare und aggressive Judenfeindschaft aufgezeigt werden, die besonders in Wahlkampfzeiten mit manifest-antisemitischen Parolen warb.

---

12 Rürup (2004), S. 134. Ein kritischer Einwurf kam von Shulamit Volkov. Sie kommentierte das Bemühen der Forschenden, die Shoah gedanklich auszublenden: „Vielleicht gelang es uns einfach zu gut“, Volkov (1999), S. 261–271, hier S. 261.

13 Beim zugeschriebenen Bild ‚des Juden‘ werden einfache Anführungszeichen und zumeist der Singular verwendet.

14 Behauptungen eines nachgeordneten oder geringen Stellenwerts des Antisemitismus in der NSDAP-Propaganda oder dessen Zügelung für eine bessere Wählbarkeit Ende der 1920er Jahre werden durch jüngere Forschungen zunehmend widerlegt. Ersteres vertreten Heilbronner (1990), 397–439 und Hans Mommsen z.B. in: Bankier (Hg.) (2006), S. 255–282, hier S. 259f.; abgeschwächter: Paul (1990). Gegenteilige Ergebnisse vgl. Literatur in Anm. 3 sowie für die Zeit nach 1933: Longerich (1998), S. 1163–1165. Zur Kontroverse: Ahlheim (2011), S. 10–16; Ulmer (2011), S. 383–385.

Wenn sich Antisemitismus als Wahlkampfthema eignete, lässt sich daraus schließen, dass judenfeindliche Deutungsmuster zumindest zeitweise bereits eine milieuübergreifende Attraktivität erreicht hatten.

## 1. Forschungsstand

Die Studie bedarf der Einordnung in die drei involvierten Forschungsfelder: Die Antisemitismusforschung, die Politischen Kultur-Forschung sowie die Forschungen zur Weimarer Republik. Alle Felder haben jeweils umfangreiche Literatur hervorgebracht.

Die Ausrichtung der Arbeit ist mit der historischen Antisemitismusforschung, dem zeitlichen Rahmen der Weimarer Republik und dem empirischen Quellenmaterial in erster Linie geschichtswissenschaftlich zu verstehen. Die Politische Kulturforschung hat ihren Schwerpunkt in der Politikwissenschaft und beschäftigt sich dort vielfach mit Material aus der Meinungsforschung, gewonnen aus Umfragen oder Interviews in demokratisch strukturierten Gesellschaften. Obgleich dies in der vorliegenden Studie nicht anwendbar ist, ist es sinnvoll, die theoretisch-methodische Herangehensweise zu operationalisieren und auf historiografisch arbeitende Untersuchungen der Politischen Kultur-Forschung Bezug zu nehmen.

Bei der Analyse der Reichstags-Debatten, der darin verwendeten Begriffe sowie der antisemitischen Propaganda sollen vor dem Hintergrund der historischen Semantik außerdem weiterführende linguistische Methoden wie sie das disziplinenpluralistische Modell der „*Critical Discourse Analysis*“ (Ruth Wodak) verwendet, zum Tragen kommen. Dieses Modell erscheint für einen disparaten Quellenkorpus passender als diskursanalytische Schemata auf der Textebene wie es z.B. Klaus Holz in seiner wissenssoziologischen Studie vorgeführt hat.<sup>15</sup>

Es ist von Vorteil, dass sich die wissenschaftlichen Disziplinen generell nicht mehr deutlich voneinander abgrenzen. Ansätze der Kulturgeschichte der Politik suchen beispielsweise gerade aus der für die Kulturwissenschaften längst konstitutiven „Wende“ auch neue Forschungsdesigns in den Bereichen Politik und Recht zu erproben. Darauf Bezug nehmend verortet sich die vorliegende Studie in der Geschichtswissenschaft mit klaren kulturwissenschaftlichen Bezügen in einem empirischen Feld der Politik.

### 1.1. Forschungsüberblick zur Weimarer Republik

Die Forschung hat zur kurzen Ära der Weimarer Republik – häufig als Demokratie ohne Demokraten bezeichnet, wobei sie in ihrer Verfassungsstruktur manchen

---

15 Holz (2001).

Zeitgenossen als „demokratischste Demokratie der Welt“<sup>16</sup> erschien – ein großes Konvolut an Werken produziert. Die Literatur über diverse Einzelaspekte der kurzen Phase ist so umfangreich, dass ihre Darstellung und Einordnung den Rahmen dieser Einleitung sprengen würde.<sup>17</sup>

Zum einen liegt die Attraktivität der 1920er Jahre für die Forschung sicherlich an dem offenen Aufeinanderprallen bestimmter antimoderner, reaktionär-monarchistischer Einstellungen sowie rückwärtsgewandter Organisationen gegenüber der Vielfalt an experimentellen Ansätzen im künstlerischen und literarischen Feld oder auf links-intellektuellem Gebiet.<sup>18</sup> Dadurch entstanden deutliche ideologische Reibungspunkte zwischen innovativen intellektuellen Kräften bzw. einer liberalen, demokratischen politischen Kultur und den in verschiedenen Bündnissen organisierten republikfeindlichen, antiparlamentarischen, völkischen sowie antimodernen bzw. eine „andere Moderne“ präferierenden Gruppen.<sup>19</sup> Die teils hoch gebildeten kulturpessimistischen Kreise der sogenannten Konservativen Revolution waren antiintellektuell bzw., wie Hauke Brunkhorst formuliert, „Gegenintellektuelle“. Dieser Begriff wird favorisiert, weil sie gegen das, was nach Siegfried Krakauer Intellekt (entgegen der Natur) ausmachen soll – nämlich die „Zerstörung aller mythischen Bestände“ –, Ressentiments und zumeist auch eine antisemitische Abwehr hegten.<sup>20</sup>

Zum anderen war erstmals postuliert worden: „Das Deutsche Reich ist eine Republik“<sup>21</sup>, womit auf nahezu allen gesellschaftlichen und politisch kulturellen Gebieten Veränderungen einhergingen, zumal nach dem von Deutschland verlorenen Krieg. Die Erforschung von Wandel und Kontinuität auf der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene in diesem Zeitabschnitt bietet vielfältige Untersuchungsfelder für regionale wie republikweite oder international vergleichende Studien.

- 
- 16 So euphorisch begrüßte der Reichsminister des Innern Eduard David (SPD) die angenommene Reichsverfassung; Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung; Stenographische Berichte Band 329, 71. Sitzung (31.07.1919), S. 2195A.
- 17 Einen Überblick geben: Büttner (2008), S. 672–771; Kluge (2006); Kolb (2002); Mommsen (1989); Wirsching (2008).
- 18 In allen Gesamtdarstellungen wird dieser Aspekt hervorgehoben; zwei jüngere Beispiele: Graf (2008); Weitz (2007); vgl. auch Bavaj (2005), S. 9–21.
- 19 Puschner/Schmitz/Ulbricht (Hg.) (1999), S. XIV; Puschner (2002), S. 25–41; Rohkrämer (1999); außerdem Herf (1984).
- 20 Krakauer zit. nach Brunkhorst (1987), S. 10. Brunkhorst definierte den Begriff „Gegenintellektuelle“ kaum. Er erscheint dennoch für jenes Spektrum selbsterklärlicher und fruchtbarer als der dehnbare Begriff des „Antiintellektuellen“, vgl. Heni (2007), S. 87–92. Siehe zum gegen- bzw. antiintellektuellen Spektrum der 1920er Jahre: Breuer (2008); Ders. (1990), S. 585–607; Faber/Puschner (Hg.) (2013); Schmitz/Vollnhals (Hg.) (2005); Seferens (1998); Sontheimer (1962). Zur Definition des Intellektuellen z.B. Hübinger (2000).
- 21 Art. 1 Abs. (1) der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 (in Kraft getreten am 14. August d.J.); Schlosser (2003), S. 7–16. Im Rückblick könnte man den Satz als Menetekel lesen, als ob die Republik nur eine temporäre Staatsform des Reiches sei.

Drittens ist es die Epoche, die dem Nationalsozialismus direkt vorausging. Wie konnten der Aufstieg der NSDAP und die Zustimmung von zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung möglich werden? Warum war beispielsweise die größte und bestorganisierte Arbeiterbewegung Europas nicht in der Lage, eine Gegenwehr mittels eines effektiven Generalstreiks nach der Machtübergabe an Adolf Hitler zu organisieren? Die dann folgende NS-„Judenpolitik“ mit der auch für nichtjüdische Deutsche sichtbaren schrittweise verordneten sozialen Ausgrenzung und die Anzahl der Zuschauenden, Profiteure und Mitmachenden lässt sich meines Erachtens nicht ausschließlich mit Wünschen nach einem privaten Vorteil erklären.<sup>22</sup> Diese Hinnahme und Beteiligung bis hin zur Täterschaft im Holocaust, in den Vernichtungsstätten wie in Massenerschießungen, ist ohne tief verankerte antisemitische Denk- und Deutungsmuster bei Teilen der Bevölkerung, die in den 1920er Jahren mindestens latent vorhanden waren, nicht vorstellbar.

Seit Beginn der Weimar-Forschung beschäftigte man sich vor dem Hintergrund dieser oder ähnlicher Überlegungen mit dem Scheitern der Republik und der Fokus war auf das Ende der Republikzeit gerichtet.<sup>23</sup> Die Frage, wie es zur nationalsozialistischen Herrschaft kommen konnte, stellten sich mehrere politisch engagierte Zeitgenossen bereits im Exil.<sup>24</sup> Nach dem Blick auf die letzte Phase rückte die Revolutionszeit 1918/19 in den Forschungsmittelpunkt. Eine Zeit lang wurden die Versäumnisse der modernen Verfassung debattiert, wobei es gleichzeitig immer Kritiker dieser These gab.<sup>25</sup> Das Auseinanderfallen zwischen der Form und der antirepublikanischen Prägung der politischen Kultur wurde schon früh erkannt. Auf den Aspekt der prekären Judenemanzipation und den Antisemitismus eingehend, betonte Adolf Leschnitzer bereits 1965:

„Die ‚freieste demokratische Verfassung der Welt‘ wurde geschaffen für ein Volk das Demokratie bisher nur vom Hörensagen kannte. Manche Sicherung wurde eingebaut, um eine Wiederkehr der feudalen Mächte zu verhüten. Jeder Schutz fehlte gegen etwas Neues und doch Uraltetes, [...] gegen die demagogische Aufwühlung der Massenleiden-schaften, die schon so oft in der Geschichte zum Sturz einer Demokratie und der Auf-richtung einer Tyrannis geführt hat.“<sup>26</sup>

Bis Ende der 1970er Jahre entstanden viele Studien zu Organisationen und Parteien – wobei die Strukturprobleme des Weimarer Parteiensystems und die daraus folgende Funktionsschwäche, die sich z.B. bei Wahlen in mangelnder Honorierung für

- 
- 22 In diese Richtung interpretiert z.B. Gellately (2003). Anders: Friedländer (1998) Bd. 1; Goldhagen (1996), S. 50–117. Einblick in Alltagsmentalitäten z.B. Hahn (1978).
- 23 Das Standardwerk von Karl Dietrich Bracher machte die politische Instabilität und Strukturfehler für das Scheitern verantwortlich; Bracher (1978) [1955].
- 24 Wie: Neumann (2004) [1944, engl.], Rosenberg (1991) [1928]; vgl. Büttner (2008), S. 11–13.
- 25 Angestoßen hatte diese Debatte Bracher; Bracher (1978). Siehe z.B. Tormin (1965), S. 509–528, hier S. 512; Peukert (1987), S. 210; Mommsen (2009), S. 105–123.
- 26 Leschnitzer (1965), S. 255–288, hier S. 278.

Regierungsarbeit zeigte, untermauert wurden –, während in den 1980er Jahren die Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Untersuchungen zu „sozialmoralischen Milieus“ (M. Rainer Lepsius) dominierten.<sup>27</sup> Manche dieser Arbeiten, auch über das Verhältnis von Antisemitismus und deutscher Gesellschaft, sind bis heute wichtige Bezugsgrößen.<sup>28</sup> Häufig gibt es darüber hinaus keine jüngeren Studien zu bestimmten Bereichen bzw. es fehlen synthetisierende Werke, wie Ursula Büttner dies für die NSDAP feststellt. Eine solche Analyse sollte

„den sozialen Hintergrund der Partei, die Motive ihrer Anhänger, die mentalitätsgeschichtlichen und sozialpsychologischen Ursachen ihres Erfolgs, ihre Agitationsmethoden und die Attraktivität ihres pseudoreligiösen Auftretens wie auch ihre gewalttätige Selbstdarstellung“

sowie die Bedeutung des Antisemitismus für den Aufstieg der Partei mit den Ergebnissen von regionalgeschichtlichen Studien synthetisieren.<sup>29</sup>

Im Bereich Parlaments- und Parteiengeschichte ist in der neueren Forschung ein Schwerpunkt auf der Biografie-Forschung zu beobachten.<sup>30</sup> Außerdem gibt es zu einzelnen Parteien jüngere Studien, auf die zurückgegriffen werden kann.<sup>31</sup> Die Arbeit der Fraktionen wird nun zwar stärker einbezogen als bei den daran oft desinteressierten älteren Untersuchungen, trotzdem gibt es erst eine Studie, die das parlamentarische Handeln einer Partei in den Mittelpunkt stellt.<sup>32</sup> Die Lücke in der Aufarbeitung des Verhältnisses der Parteien zu ihren Fraktionen ist auch auf die teilweise mangelhafte Quellenlage zurückzuführen.<sup>33</sup>

### *Weimar-Forschung zwischen Sozial- und Kulturgeschichte*

Schließlich zeitigten kulturgeschichtliche, diskursanalytische und transnationale Zugriffe besonders im Bereich der „hohen“ Politik und der Parlamentspolitik teils anregende neue Forschungsergebnisse.<sup>34</sup> Hier ist besonders Thomas Mergels „historischer Beitrag zur Politischen Soziologie“<sup>35</sup> zu nennen, dessen Ergebnisse über die Parlamentarische Kultur im Weimarer Reichstag für die vorliegende Studie eine

27 Literatur bei: Büttner (2008), S. 721–735, 742–745, Wirsching (2008), S. 127–140.

28 Angress (1973) [1963, engl.]; Berding (1988); Frye (1976), 143–172; Greive (1983); Holzbach (1981); Jochmann (1988); Laqueur (1977); Lohalm (1970); Mosse (1991) [1964, engl.]; Sontheimer 1962; Rohe (1966); Striesow (1981); Thimme (1969).

29 Büttner (2008), S. 16.

30 Siehe Literatur bei Wirsching (2008), S. 173–175.

31 Müller (2001); Ohnezeit (2011); Richter (2000); Rösch (2002).

32 Döring (2001).

33 Siehe unten Kap. I.2.5. Im SAPMO liegt allerdings ein umfangreicher Quellenbestand über die „Parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit der KPD“ BArchB RY 1/I 2/703/1–129; zur KPD-Forschung ist nicht überholt: Koch-Baumgarten (1998), S. 82–89.

34 Bollmeyer (2007); Kittel (2000); Raithel (2005); Recker (2004); Schulz/Wirsching (Hg.) (2012); Steinmetz (1993); Wirsching (Hg.) (2007).

35 Mergel (2002), S. 13.

Grundlage bilden. Mergel untersuchte jedoch explizit keine Politikinhalte und entwarf so eine vom gesellschaftlichen Hintergrund eher abgekoppelte Innensicht des Interagierens und der sozialen Integrationsprozesse der Abgeordneten. Dabei habe das Miteinander-Auskommen und „Weitermachen“ im Vordergrund gestanden, so dass die Aufrechterhaltung dieser Ordnung bis Herbst 1930 ganz gut funktioniert habe.<sup>36</sup> Durch diesen Fokus kann Mergel aber wenig über die Einstellungen und Mentalitäten der Abgeordneten aussagen, wie sie z.B. ihren Parteauftrag wahrnahmen und die Parteideologie in ihren Reden umsetzten oder wie das Verhältnis zwischen „drinnen“ und „draußen“ funktionierte. Die Studie von Heiko Bollmeyer widmet sich in diskursanalytischer Herangehensweise dem Demokratieverständnis und der Verwendung des Begriffs „Volk“ in der Nationalversammlung im Vergleich zum Reichstag während des Krieges 1916–1918 und wenigen Reichstagsdebatten zum Republikenschutzgesetz 1922.<sup>37</sup> Die begriffsgeschichtliche Untersuchung von Sabine Marquardt kommt der Herangehensweise der vorliegenden Studie am nächsten, indem sie (sozial-)geschichtliche Ansätze mit der Politischen Kultur-Forschung verbindet. Sie untersucht den Politikbegriff in der Weimarer Republik und damit „das Politikverständnis, das der deutschen Auffassung von politischer Kultur zugrundeliegt“.<sup>38</sup> Ihre Quellen sind neben Politikkonzeptionen von Politikern, Intellektuellen und Fachwissenschaftlern sowie dem Politikdiskurs in Zeitungen und Zeitschriften auch Parlamentsdebatten.

Ein Schlüsselement in der Forschung über die Epoche bildet der Gegensatz zwischen der „optimistischen Zeichnung kultureller Avantgardeleistungen und der pessimistischen Vision politischer und sozialer Misere“<sup>39</sup> ebenso wie die Konsequenz aus dem Postulat der Janusköpfigkeit der Moderne und das wiederentdeckte einst von Ernst Bloch geprägte Diktum von der „Ungleichzeitigkeit“ im Gleichzeitigen – die Koexistenz von Fortschrittsgläubigkeit und Sehnsucht nach vormoderne Idylle.<sup>40</sup> Mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen und ein veränderter Blick auf die politische Kultur in der fragmentierten Gesellschaft sowie die Einbeziehung der symbolischen Politik erschlossen neuartige Forschungsfelder.<sup>41</sup> Besonders die kulturell weitreichenden Implikationen, die mit dem Aufbruch in die Massenkultur verbunden waren, stehen seit Mitte der 1990er Jahre im Mittelpunkt des For-

---

36 Zusammengefasst Mergel (2002), S. 473–485.

37 Bollmeyer (2007); vgl. aus einem verfassungsrechtlichen Blickwinkel: Pohl (2002).

38 Marquardt (1997), S. 11. Allerdings werden antisemitische Deutungsmuster innerhalb eines negativen Politikbegriffs nur marginal erwähnt und nicht untersucht.

39 Peukert (1987), S. 11.

40 Bloch (1985) [1932], S. 104–126; vgl. auch Marszolek (1993), S. 312–334.

41 Geyer (1998); Hardtwig (Hg.) (2007), darin z.B.: Geyer (2007), S. 165–187; Hardtwig (Hg.) (2005); Hardtwig/Wehler (Hg.) (1996); Lüdtko/Marszolek/Saldern (Hg.) (1996).

schungsinteresses.<sup>42</sup> Der *cultural turn* eröffnete nicht zuletzt in der Forschung zu „Weimar“ neue Blickwinkel, brachte allerdings auch (inzwischen überwiegend belegte) Differenzen über die Frage nach dem Stellenwert von Kultur und Politik mit sich. Die Erkenntnis, dass auch „Politik“ symbolisch handelt und „das Politische“ sich inszeniert, ist allerdings unstrittig.<sup>43</sup> Die Weimarer Republik lässt sich als Kaleidoskop der Moderne beschreiben: Gebündelt finden sich hier vielfältige, sich wandelnde und nur scheinbar zufällige Muster und Ausformungen der Aushandlungsprozesse der politischen Kultur sowie der Gesellschaft, die allerdings bei genauem Hinsehen von vielfältigen Regeln und (Macht-)Strukturen geprägt sind. Die ehemals verhärteten Fronten der Debatte sind in einem konstruktivistische Ansätze pauschal abwehrenden Text von Hans-Christof Kraus und Thomas Nicklas gebündelt, der über die Auflösung von „Realität“ zugunsten eines ausschließlich „symbolischen Weltbezuges“<sup>44</sup> durch die „Kulturalisten“ klagte. Obgleich ich mit dieser Einschätzung keinesfalls konform gehe, sprechen Kraus/Nicklas einen nicht unwichtigen Punkt an:

„Die Bedeutung der Symbole und der Sinnkonstruktionen für das Politische in Vergangenheit und Gegenwart ist gewiß nicht zu unterschätzen, doch geht das kulturalistische Kalkül für die Politikgeschichte in einem Punkt nicht auf. Nämlich in dem, der nach realistischer Einschätzung und nach dem Alltagsverständnis von Herrschaft für die Politik konstitutiv ist. Es geht um die Macht. Staat und Institutionen sind Konstrukte. Die Macht und die hinter ihr stehende Gewalt entziehen sich jedoch einem ausschließlich kulturalistischen Zugriff.“<sup>45</sup>

Eine Lösung in diesen Kontroversen zwischen der Kultur- und Sozialgeschichte zeichnete sich dagegen z.B. in einem versöhnlich formulierten Resümee von Jürgen Kocka und Jürgen Schmidt ab, in dem es heißt, man könne entweder das Neue und Lebende hervorheben oder das Trennende betonen. „Man könne aber auch das

---

42 Cowan/Sicks (Hg.) (2005); Bösch/Frei (Hg.) (2006); Führer (1996), S. 739–781; Daniel/Marszolek/u.a. (Hg.) (2010), darin Geyer (2010), S. 47–80; Marszolek/Saldern (Hg.) (1999); Wirsching/Eder (Hg.) (2008). Mitunter ist jedoch fraglich, wie viel Erkenntnisgewinn eine fundamentale Kritik an bisherigen Analyse kategorien bringt, wie bei Breuilly (2009), S. 102–119 oder Haas (2012), S. 29–43.

43 Bösch und Frei schreiben von „Schüben der Medialisierung“, d.h. an Massenmedien orientiertes Handeln und Symbolpolitik um 1900 und früher: Bösch/Frei (2006), S. 7–23, hier S. 10f.; vgl. Mergel (2002a), S. 574–606; Mergel (2012), S. 229–246; ein die Ansätze fruchtbar verbindender Überblick bei Stollberg-Rielinger (2012), S. 91–102.

44 Kraus/Nicklas (2007), S. 3. Ihre Kritik wandte sich z.B. gegen Hayden White (1991); vgl. dagegen Stollberg-Rielinger (2005), S. 9–24.

45 Kraus/Nicklas (Hg.) (2007), S. 4. Abzulehnen sind allerdings ihre pauschalen Vorwürfe eines „Triumphalismus“ auf Seiten der Kulturgeschichtler oder Unterstellungen, hinter „wenig ertragreiche Diskursanalysen und kulturalistische Spekulationen“ würden sich mitunter wissenschaftspolitische und karrierestrategische Implikationen verbergen, ebd., S. 12.

Gemeinsame herausarbeiten, Verbindungslinien aufzeigen und über Kooperationen nachdenken und reflektieren.<sup>46</sup>

Die ausdifferenzierte Untersuchungen und die vielfältigen diachronen Problemstellungen in der Weimar-Forschung wecken, wie Andreas Wirsching feststellte, wiederum den Wunsch nach einer noch ausstehenden innovativ deutenden Gesamtdarstellung.<sup>47</sup> Allerdings schwebte ihm hier nicht eine politische Sozialgeschichte wie die von Hans-Ulrich Wehler vor, dessen Herangehensweise Wirsching angesichts der neuen Forschungstrends als mehr oder weniger antiquiert darstellte.<sup>48</sup> Für Wehlers ambivalente und teils unwissenschaftliche Haltung gegenüber Foucault sowie für seine Generalisierungen bot sich eine solche Einschätzung an.<sup>49</sup> Dennoch wird die darauf reduzierte Ablehnung dem Werk von Wehler nicht gerecht und auch ein Kritiker seines Ansatzes musste einräumen, Wehlers Resümee über die Reformunfähigkeit des deutschen Kaiserreichs sei wohlbegründet und man komme nicht umhin, „die Berechtigung dieser Argumente anzuerkennen.“<sup>50</sup> Wehler scheut sich außerdem nicht, weiterhin nach einem deutschen Sonderweg zu fragen. Bei aller Abnutzung, Instrumentalisierung und unklarer Begriffsdefinition vom deutschen Sonderweg<sup>51</sup> erscheinen mir die Hinweise von Kocka/Schmidt zu den Stationen der Sonderweg-These mit dem Bezugspunkt auf 1933 weiterführend. Sie betrachten diese Stationen im Lichte der Politischen Kultur-Forschung: Zwar könne der Nationalsozialismus unter anderem wegen seiner modernen Aspekte nicht ausschließlich aus den deutschen Traditionen abgeleitet werden. Die Sonderweg-These helfe jedoch zu verstehen, „weshalb in Deutschland die rechtsstaatliche liberal-demokratische Republik so wenig Widerstandskraft hatte, um sich gegen den

---

46 Kocka/Schmidt (2008), S. 41–61, hier S. 44. Sie beziehen sich für das Innovative auf das Themenheft „Mental Maps“ von *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 2002 und für die verhärteten Fronten auf Ute Daniel, die Wehler und Winkler des „argumentationsfreien“ „Reduktionismus“ bezichtigte: Daniel (2005), S. 279–328, hier S. 282 und Wehler (1998). Einen Überblick über die Differenzen gibt Landwehr (2003), S. 71–117.

47 Wirsching (2008), S. 122.

48 Ebd., S. 118f.; Wehler (2003), Band IV. Zu kritisieren ist bei Wehler, wie bei ähnlichen Überblickswerken, dass der Zivilisationsbruch des Holocaust als ein Ereignis unter vielen behandelt wird.

49 Wehler (1998), S. 10–12, 45f., 87–91. Eine wesentlich fundiertere philosophisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Poststrukturalismus findet sich bei Frank (1984).

50 Ziemann (2009), S. 51–65.

51 Kocka (2000), S. 93–110. Der Appell aus den *Postcolonial Studies*, den Begriff wegen europäisch-westlichen Zentriertheit aufzugeben, weist dagegen in eine falsche Richtung, will man sich der Frage widmen, wie es zum Aufstieg des Nationalsozialismus kam und wieso der Zivilisationsbruch des Holocaust von Deutschland aus geplant und durchgeführt werden konnte. Vgl.: Bahners (2010); Dittrich (2011) Versuche einer Neudefinition bei Smith (2009), S. 31–50, hier S. 37; Ders. (2008), S. 13–38; vgl. auch Winkler (1998), S. 127–137.

Angriff der totalitären Kräfte zu wehren.“<sup>52</sup> Darüber hinaus sind die mangelnde Demokratisierung der Weimarer Gesellschaft sowie der Aufstieg der NSDAP eigentümliche Entwicklungen, die nach wie vor Erklärungsbedarf wecken. Im Zuge der Sonderwegdiskussionen wie auch der sogenannten Goldhagen-Debatte wurde jedoch kaum die Chance ergriffen, z.B. nach einer Spezifik des deutschen Antisemitismus zu fragen.<sup>53</sup> Kocka/Schmidt ist grundsätzlich zuzustimmen, dass die Methode der Politischen Kultur-Forschung auf diesem Feld auch weiterhin Innovatives erarbeiten kann.<sup>54</sup>

Am Beginn einer historisch ausgerichteten Politischen Kultur-Forschung stand ein mehrjähriges Forschungsprojekt im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, das ab 1985 die Legitimität und Akzeptanz der Weimarer Republik anhand von Verfassungsfeiern und nationalen Gedenktagen bzw. anhand des Fehlens eines identitätsstiftenden Nationalfeiertages erforschte. Hier wurde das Milieukonzept von Lepsius erweitert sowie die Begriffe der Teilkulturen und der fragmentierten politischen Kultur der zerrissenen Weimarer Gesellschaft entwickelt.<sup>55</sup> Auf den Ergebnissen jenes Projektes, das mit umfangreichen Textsamples arbeitete, kann diese Studie aufbauen. Allerdings wurde dort kaum nach Bedingungen für eine Milieudurchlässigkeit gefragt, genauer: ob ein Überschreiten von Grenzen in den fragmentierten Teilkulturen durch Ausschluss eines gemeinsamen Gegners oder eines „Anderen“ vorkam und nachweisbar ist. Dies könnte z.B. anhand der Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden aus Vereinen entweder per Satzung oder Distinktion der Fall gewesen sein.

Aus dem Blickwinkel der Politischen Kulturgeschichte entstanden ebenfalls mehrere Studien, die sich mit der Zwischenkriegszeit und der Weimarer Republik beschäftigen.<sup>56</sup> Fraglich bleibt an manchen Stellen, wie sich die neuen Ansätze mit

---

52 Kocka/Schmidt (2008), S. 50. Denselben Ansatz verfolgt die Studie von Sabine Marquardt, Marquardt (1997), S. 12f, 24–29.

53 Daniel J. Goldhagens Buch warf wichtige Fragen auf, die durch die vielfach unglückliche Debatte und Abwehr nicht weiter verfolgt wurden. Dies geht so weit, dass bis heute z.B. kaum über eine eventuell mögliche Synthese von Goldhagens und Brownings Erklärungsansätzen nachgedacht wird: Goldhagen (1996); Browning (1996). Von kritischer Seite, aber um eine genaue Begriffsdefinition bemüht: Blaschke (1998), S. 63-90. Zur Kontroverse und der Frage nach einer deutschen Spezifik: Heni (2009), S. 47–74; Rensmann (2004), S. 350–456; Schatz/Woeldike (2001). Dagegen lehnte z.B. Detlev Claussen die These eines deutschen Sonderwegs ohne nähere Ausführung als banal ab (Claussen (1994), S. 28f.) und polemisierte gegen die „Goldhagen-Debatte“, Ders. (2000) [1996], S. 56–64.

54 Kocka/Schmidt (2008), S. 50; zu den Begrifflichkeiten s.u.

55 Daraus hervorgegangen sind: Lehnert/Megerle (Hg.) (1989); Lehnert/Megerle (Hg.) (1990); Lehnert/Megerle (Hg.) (1993); Schirmer (1992) (ausführlicher s.u.). Zum Projekt: Lehnert/Megerle (1990), S. 9–18. Vgl. auch Marquardt (1997). Das Konzept der sozialmoralischen Milieus entwickelte M. Rainer Lepsius, Lepsius (1993) [1966], S. 25–50.

56 Siehe oben Anm. 41.

zweifelloso interessanten Aspekten in der Politischen Kulturgeschichte zu den ‚großen‘ Forschungsfragen der Weimarer Ära verhalten.<sup>57</sup> Dabei kommt es vor, dass jüngere Studien mit neuen Blicken und Methoden werben, die Ergebnisse jedoch weit weniger innovativ scheinen.<sup>58</sup>

In Bezug auf das Phänomen des Antisemitismus ist zu beobachten, dass es in der allgemeinen Forschung zur Weimarer Republik entweder fast komplett vernachlässigt wird<sup>59</sup>, oder, wenn es zur Sprache kommt, wird der Anstieg antisemitischer Tendenzen wieder zumeist mit der empfundenen oder erlebten Krise der Mehrheitsbevölkerung erklärt<sup>60</sup> – obwohl die ökonomische Krisensituation als hinreichende Begründung für zunehmende Judenfeindschaft inzwischen mehrfach widerlegt ist.<sup>61</sup> Ein weiteres Defizit liegt im Umgang mit der antisemitischen Weltanschauung. Bei manchen Untersuchungen zur Weimarer Zeit wird der Antisemitismus zwar mitunter prominent thematisiert, dabei wird die Judenfeindschaft aber teilweise lediglich als instrumentelles Mittel für einen anderen Zweck interpretiert. Die Untersuchung antisemitischer Denkmuster als handlungstreibende Ideologie findet wenig oder keine Beachtung.<sup>62</sup>

Um im Gefüge der politischen Kultur der Weimarer Gesellschaft die Rolle und Position von antisemitischen Deutungsgebern eruieren zu können, ist eine interdisziplinäre Herangehensweise sinnvoll. Ein solcher Ansatz muss die Forschung zu Weimar, zum deutschen Nationalismus sowie zum Antisemitismus fruchtbar aufeinander beziehen. Denn kulturelle Traditionen mit spezifischen Stereotypisierungen von Jüdinnen und Juden bzw. ein besonders geformter Nationalismus scheinen ein

---

57 Siehe Thomas Mergels These über die „stille Republikanisierung“ der DNVP in der stabileren Phase der Republik und die Gegenrede von Manfred Kittel, Mergel (2003), S. 323–368; Kittel (2007), S. 201–235.

58 Wie im Sammelband: Föllmer/Graf (Hg.) (2005), bei Graf (2008) oder bei Ziege (2002).

59 So bei Bollmeyer (2007); Graf (2008); Longerich (1995); Mergel (2005), S. 91–127. Thomas Mergel beachtet den jüdenfeindlichen Aspekt im Antiparlamentarismus kaum Mergel (2002), S. 323–331, 399–405, 428–433, 482–484; Reichardt (2002). Ein weiteres Beispiel, das z.B. aufgrund ähnlicher Performance entpolitisiert eine Kongruenz von rechts und links entdeckte: Rossol (2010)

60 Eine linguistische Untersuchung politischer Schlagworte weist die Prominenz des Schlagwortes ‚Jude‘ (und des Wortumfeldes) nach, führt den Begriff aber mit teils älterer Literatur ein und versäumt es, den aufscheinenden Querverbindungen nachzugehen, Schottmann (1997). Studien und Aufsätze in sozialgeschichtlicher Tradition, die die Krisentheorie pflegen: Herzig (1993), S. 1–15, Winkler (1991), S. 181–190.

61 Siehe Literatur in Anm. 3 und s.u. Anm. 68.

62 So bei Bernd (2004); Paul (1990). Heinrich August Winkler betont den instrumentellen Charakter antisemitischer Propaganda, Winkler (1991). Dagegen behandelt Meyer zu Uptrop überzeugend die Rolle des Antisemitismus im Weltbild der DAP/NSDAP seit 1919. Er analysiert jedoch nicht ideologiekritisch und kann wenig Hinweise dazu geben, wie die Propaganda Teile der deutschen Bevölkerung überzeugen konnte, Meyer zu Uptrop (2003).

tief verankerter Teil der politischen Kultur in der deutschen Gesellschaft gewesen zu sein und bildeten eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das antisemitische Deutungsangebot der NSDAP eine integrierende und wachsende Attraktivität erhalten konnte.<sup>63</sup> Eine jüngere und umfangreiche Weimar-Studie, die eine solche Verbindung zieht, ist diejenige von Ursula Büttner. Sie legte eine innovative politische Sozialgeschichte vor, die sich der Auswirkungen symbolischer Politik und der wechselseitigen Einflüsse in der politischen Kultur bewusst ist. Politik-, Parteien- und Organisationsgeschichte, Milieu- und Sozialgeschichte, Hoch- und Alltagskultur sowie die Geschichte von Frauen und Minderheiten werden betrachtet. Darüber hinaus bindet sie jüdische Geschichte und die Rolle des Antisemitismus in überzeugendem Maße selbstverständlich mit ein.<sup>64</sup> Büttner verwirklicht damit ein Plädoyer von Kraus/Nicklas: Wichtiger als ein verkündeter Paradigmenwechsel von „alter“ Politikgeschichte zu „neuer“ Kulturgeschichte sei es vielmehr, auch innerhalb der Wissenschaft die Janusköpfigkeit zu akzeptieren; d.h. alte und neue Methoden und Themen aufzunehmen, „sie gegebenenfalls sogar miteinander kombiniert und in wechselseitiger Gemeinsamkeit fruchtbar zu machen.“<sup>65</sup>

## 1.2. Historische Antisemitismusforschung

Die Untersuchung von historischem und aktuellem Antisemitismus stößt seit Jahren auf ein gleichbleibend großes bzw. leicht wachsendes Forschungsinteresse und bringt entsprechend viele Veröffentlichungen hervor.<sup>66</sup> Gemäß einer These von Reinhard Rürup traf die interdisziplinäre Herangehensweise schon früh auf die historische Antisemitismusforschung zu, die seit den siebziger Jahren „zu den moderneren, d.h. methodisch stärker ausdifferenzierten Arbeitsbereichen der Geschichtswissenschaft gehört“.<sup>67</sup> Der Schwerpunkt der Antisemitismusforschung lag und liegt auf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, da in dieser Zeit das Sprach-

---

63 Regionale Forschungsansätze wie der von Dieter Ohr könnten bei der Frage, wie die zunehmende Akzeptanz für die NSDAP und ihre Weltanschauung zustande kam, hilfreich sein, wobei er den Antisemitismus in der Parteipropaganda nicht untersuchte, Ohr (1997). Mathias Rösch konstatiert in seiner Studie zur Münchner NSDAP, diese habe ihren radikalen Antisemitismus ab 1925 abgeschwächt, dabei scheint seine eigene Darstellung diesen Befund mehr oder weniger infrage zu stellen, Rösch (2002), S. 410–420.

64 Büttner 2008. Immer noch wird dies oft getrennt untersucht, vgl. Wenge (2005), S. 1–20.

65 Kraus/Nicklas (2007), S. 12; vgl. dazu auch Mergel (2012), S. 229–246.

66 Das Londoner *Leo Baeck Institute Year Book* (LBIYB) veröffentlicht seit seinem Erscheinen 1956 eine Bibliographie mit Büchern, Aufsätzen und Sammelband-Beiträgen zum Themenfeld Geschichte und Juden(tum). Im Unterkapitel „Antisemitismus“ wies das LBIYB in den Jahren 1997 bis 2007 im Schnitt je 46 neue Titel auf. Das Ergebnis in beliebigen Stichprobenjahren zuvor lautet: 1968: 16, 1978: 27, 1984: 27, 1987: 35.

67 Rürup (2004), S. 122. Es scheint allerdings als ob innovative Aspekte eher aus anderen Disziplinen wie der Sprach- und Literaturwissenschaft in die geschichtswissenschaftliche Antisemitismusforschung eingeflossen sind, z.B.: Bering (1987); Haibl (2000); Hortzitz (1988).

arsenal des modernen Antisemitismus entwickelt wurde. In den letzten fünfzehn Jahren haben jedoch mehrere Untersuchungen über die Weimarer Zeit zu Teilspekten des Antisemitismus sowie Regionalstudien zu jüdischen Gemeinden und zur Judenfeindschaft das Wissen um die nicht geringe gesellschaftliche Bedeutung von Antisemitismus in den 1920er Jahren durchgesetzt.<sup>68</sup> Welche Rolle der Antisemitismus in der politischen Kultur spielte und welche Relevanz er in bestimmten Aushandlungsprozessen der ersten deutschen Republik hatte, soll diese Studie hauptsächlich anhand der Parlamentsdebatten prüfen und bewerten.<sup>69</sup>

### *Die These vom Antisemitismus als kulturellem Code*

Das Konzept vom „Antisemitismus als kulturellem Code“ von Shulamit Volkov gehört in der Antisemitismusforschung über das Kaiserreich zum viel zitierten Kanon.<sup>70</sup> Meist wird bis heute auf den zunächst überzeugenden Begriff lediglich rekurriert, wobei er als stringentes Schema unausgearbeitet blieb und nicht weiterentwickelt wurde. Neuerlich bekam das Konzept sogar das Prädikat, eine „sozialwissenschaftliche Antisemitismus-Theorie“ zu sein.<sup>71</sup> Volkov selbst verwendete den Begriff weiter, ohne die tendenziellen Untiefen des Ansatzes, über den sie nach eigenen Angaben zu Beginn große Zweifel hatte<sup>72</sup>, zu bearbeiten oder zu modifizieren.<sup>73</sup> Zweifellos war aber die Entwicklung des Konzepts ein Meilenstein in der historischen Antisemitismusforschung. Darum wird der Ansatz kurz rekapituliert, um anschließend nach einer Operationalisierung für die vorliegende Studie zu fragen.

Volkov wies überzeugend nach, wie ein Prozess kultureller Polarisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zur Entstehung zweier Systeme von Werten und Normen führte, die mit den Begriffen „Antisemitismus“ und „Emanzipation“ gefasst werden können.<sup>74</sup> Gegen Ende des Jahrhunderts hatte eine „dafür prädisponierte Gesellschaft“<sup>75</sup> „das Bündel von Ideen, Werten und Normen“ absorbiert, dessen antisozialistische, antidemokratische und antiemanzipatorische Ideologie

---

68 Neben der bereits genannten Literatur: Ahlheim (2011); Borut (2000), S. 7–50; Mølstre Simonsen (2006), S. 79–101; Morgenthaler (1991), S. 127–149; Niewyk (2001); Wildt (2001), S. 2–25.

69 Martin Ulmer spricht z.B. in seiner Studie über *Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933* schon für die Zeit Anfang der 1920er Jahre weitreichend von einer „Universalisierung des Antisemitismus“, Ulmer (2011), S. 199–201, 423–431.

70 Volkov (1990) [1978, engl.], S. 13–36.

71 Samuel Salzborn stellt Volkovs Ansatz überhöhend als „Theorie“ in eine Reihe mit zehn unterschiedlichen Methoden und Theorien, Salzborn (2010).

72 Volkov (2006a), S. 51–62, hier S. 52.

73 Zuletzt: Volkov (2006).

74 Volkov (1990), S. 23. Die deutliche Frontstellung und innere Homogenität der beiden Lager im Kaiserreich (Akzeptanz „in toto“, Volkov (1990), S. 34f) wird heute mit guten Gründen angezweifelt, Braukmann (2007); vgl. Ziemann (2005), S. 301–322, hier S. 312f.

75 Ebd.: 33, die folgenden Zitate ebd.

zunehmend Hand in Hand ging mit der jüdenfeindlichen Sprache und nur mit ihr komplett war. Der Antisemitismus war zur „Selbstverständlichkeit“ geworden; er wurde „zum Bestandteil einer ganzen Kultur“<sup>76</sup> und zum „kulturellen Code“. Volkov betonte den Weltanschauungscharakter dieses modernen Antisemitismus, bei dem sich aggressiver und konstitutiver Nationalismus mit völkischer Rasseideologie und Kulturpessimismus paarte.<sup>77</sup> Außerdem gab sie dem Modell des „autoritären Charakters“, das im Institut für Sozialforschung der Frankfurter Schule erarbeitet wurde, einen hohen Stellenwert.<sup>78</sup> Auf das Syndrom der autoritären Persönlichkeit bei völkischen und antisemitischen Propagandisten und ihren Apologeten beziehen sich auch neuere historische, sozialwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Untersuchungen theoretischen wie empirisch-historischen Zugriffs.<sup>79</sup>

Interessant und bis heute innovativ an Volkovs Text sind ihre kulturgeschichtlichen Fragen nach dem „wie“<sup>80</sup>, anstatt weiterhin nach rationalen Ursachen des Antisemitismus zu fahnden: „Wie kam es, daß der Antisemitismus in der Kultur des deutschen Kaiserreichs eine so zentrale Rolle spielte?“, oder: Wie lässt sich „die Dynamik der einschlägigen sozialen und kulturellen Prozesse“ genauer fassen?<sup>81</sup>. Entgegen sozio-ökonomischer Erklärungen, die bisweilen bis heute in der These, der Antisemitismus sei ein (reines) Krisenphänomen, vertreten werden, betonte Volkov nicht ohne Ironie,

„daß offenbar nicht alle Handwerker den Antisemitismus aus ihrer wirtschaftlichen Lage fließen sahen und daß auch nicht alle durch die Industrialisierung in ein ähnliche Notlage gerieten. Außerdem gab es an ihrer ‚wirtschaftlichen Lage‘ nichts, was eine Erklärung für den Antisemitismus liefern könnte.“<sup>82</sup>

- 
- 76 Ebd. Volkov legt einen weit gefassten Kultur-Begriff zugrunde. An anderer Stelle heißt es, dass die „einmalige deutsche Kultur, die sich in den neunziger Jahren herausbildete [...] in der ‚deutschen Ideologie‘ zum Ausdruck“ kam; „in einer radikal antimodernen Mentalität, die von Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus nichts wissen wollte; in dem sehnsüchtigen Verlangen nach einer längst verschwundenen Welt.“ Volkov (1990), S. 20.
- 77 Ebd.; Uwe Puschner arbeitet bei aller Heterogenität in der völkischen Bewegung den Antisemitismus als einen integralen Bestandteil völkischer Ideologie heraus, Puschner (2001); Puschner (2003), S. 445–468; vgl. auch Berding (1988); Jochmann (1988); Rürup (1975); Stern (2005) [1961, engl.].
- 78 Im Rahmen der *Studies in Prejudice*: Adorno/Frenkel-Brunswik/u.a. (1950); Adornos Textteile in: Adorno (1998) [1950], S. 143–508, übersetzt in: Adorno (1973); zur Genese: Rensmann (1998), S. 32–38.
- 79 Siehe z.B. Albrecht (2010); Blaschke (1997); Friedländer (1998); Kimmel (2001), S. 20–32, 72–74; Rensmann (1998); Rensmann (2004); Salzborn (2010); Ulmer (2011).
- 80 Ziemann (2005). Die Kulturgeschichte der Politik stellt „wie“-Fragen in den Mittelpunkt; Daniel (2001); Mergel (2002a); Stollberg-Rilinger (Hg.) (2005).
- 81 Volkov (1990), S. 23f.
- 82 Ebd., S. 24. Volkov kontierte damit eine Aussage von Andrew G. Whiteside.

Kurzum, die sozioökonomische These biete keine hinreichende Erklärung und der „Antisemitismus war keine direkte Reaktion auf reale Umstände.“<sup>83</sup>

Außerdem widmete Volkov sich der Entwicklung des Vokabulars der Kultur des Antisemitismus und ihrer Protagonisten Wilhelm Marr, Otto Glagau und Heinrich von Treitschke. Marr und seine Gesinnungsgenossen hätten die Notwendigkeit eines neuen Begriffs empfunden und indem Marr in *Sieg des Judentums über das Germanentum* 1879<sup>84</sup> „einen neuen Namen für ein altes Phänomen vorschlug [...] schuf er in Wirklichkeit ein neues Phänomen.“<sup>85</sup> Die Etablierung und Nutzung des Begriffs „Antisemitismus“ als Kampfbegriff und die Konsequenzen erscheinen dabei entscheidend<sup>86</sup>, weniger die Tatsache, wer den Terminus erstmals verwendete.<sup>87</sup> ‚Die Juden‘ – und nicht mehr nur das mit Religion verbundene und damit konkretere ‚Judentum‘ – wurden in der Verkettung des noch jungen rassistischen, des antisemitischen sowie des germanisch-völkischen Denkens zu einer flexiblen Abstraktion für alles Hassenswerte: das „Andere“ und Gegenteil von allem was sie mit „deutsch“ und Deutschtum verbanden.<sup>88</sup> Die antisemitischen Hasser einer aufklärerischen und emanzipatorischen Moderne schmiedeten ihre Ideologie mit eingängigen Schlagworten.

- 
- 83 Volkov (1990), S. 25. Zur frühen antisemitischen Bewegung: Albrecht (2010), S. 534f. Regionalgeschichtliche Belege gegen die These bei Ulmer (2011) und Wenge (2005). Bei judenfeindlichen Karikaturen stellte Julia Schäfer keine signifikante Zunahme in ökonomischen Krisenzeiten fest, J. Schäfer (2005), S. 17; vgl. auch Rensmann (2004), S. 96f.
- 84 Bergmann (2009), S. 61–82; Puschner (1993), Spalten 879–883.
- 85 Volkov (1990), S. 27; zuvor schreibt sie mit Bezug auf Ernst Cassirers *Philosophie der symbolischen Formen* von der Schaffung einer neuen Wirklichkeit, ebd., S. 25; vgl. Bergmann/Sieg (Hg.) (2009), S. 7–22.
- 86 Diese Analyse verliert durch Forschungsansätze, die die Ausbildung eines modernen oder politischen Antisemitismus zeitlich früher ansetzen nicht an Plausibilität. So bildete bereits das Streben nach Emanzipation durch die Juden eine aggressive Gegnerschaft aus und nicht erst die Gründerkrise oder die *de jure* erreichte Emanzipation. Eine klare Unterscheidung von einem modernen Antisemitismus zu früheren Formen lässt sich demnach kaum mehr aufrechterhalten, vgl. Albrecht (2010), S. 108–118; außerdem: Battenberg (1998), S. 15–51; Hartzitz (1988); Langmuir (1990); Rose (1990); Schäfer (2010).
- 87 Albrecht (2010), S. 109–111. Henning Albrecht und andere (Bergmann/Wyrwa (2011), S. 1–8 und Mitten (2002), S. 32–60) diskutieren, dass der Begriff „Antisemitismus“, der sich von Anfang an nur gegen Juden, nicht gegen alle ‚Semiten‘, richtete und einem politischen Kampfbegriff einen wissenschaftlichen Anstrich gab, im Grunde nur mit Vorbehalt zu gebrauchen sei.
- 88 Der „angenehm unscharf[e]“ Begriff „Semitismus“ erlaubte es, ihn mit einer transzendenten Bedeutung anzureichern. Auf diese Weise wurde das kognitive Bindeglied zwischen judenfeindlichem Gefühl und germanischer Ideologie formuliert, Volkov (1990), S. 26, 28; Hartung (1999), S. 22–41; Nipperdey/Rürup (1972), S. 129–153; Wistrich (1999), S. 1–15.

Eklatant ist dies am Beispiel der ungemein populär werdenden Gleichsetzung der sozialen Frage mit der ‚jüdischen Frage‘ durch Otto Glagau.<sup>89</sup> Heinrich von Treitschke wird schließlich das Salonfähigmachen des Antisemitismus zugeschrieben sowie die Verbindung des geschaffenen Vokabulars zu einem geschlossenen Ganzen, zu einer einheitlichen Weltanschauung, womit das Arsenal dieser Sprache komplett ausgebildet war. Ergänzend zu den von Volkov behandelten Antisemiten waren Julius Langbehn, Paul de Lagarde und der Theologe Adolf Stoecker für die Popularisierung auf verschiedenen Ebenen ebenso entscheidend.<sup>90</sup> Was in den 1870er Jahren noch mit hassvoller Leidenschaft propagiert wurde, kulminierte allmählich „zu einem Bestandteil der neuen Kultur“ – eben zum „kulturellen Code“.<sup>91</sup> Mit dem Niedergang der zerstrittenen antisemitischen Parteien fand lediglich eine Verlagerung und Diffusion des Antisemitismus in weniger sichtbare gesellschaftliche Bereiche wie nationale und wirtschaftliche Verbände sowie in die Alltagskultur statt, während er in der antiparlamentarischen völkischen Bewegung eine gleich bleibend große Rolle spielte.<sup>92</sup>

Bevor die Brauchbarkeit des Begriffs vom Antisemitismus als kulturellem Code diskutiert und problematisiert wird, gilt es, die hier verwendete Definition des Antisemitismus genauer darzustellen.

## 2. Begriffe, Methoden und Quellen

### 2.1. Definition von Antisemitismus

Antisemitismus kann sich aus ideologischen Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden oder aus emotionalem Judenhass speisen. Als Antisemitismus werden allgemein stigmatisierende Einstellungen bezeichnet, die in spezifisch judenfeindlicher Opposition, in verbaler Agitation oder entsprechenden Handlungen gegen Jüdinnen und Juden gerichtet sind.<sup>93</sup>

---

89 Volkov (1990), S. 30; vgl. Gerlach (1978) [1937], S. 110–112. Neben den „Demagogen“ (wie zeitgenössische Anti-Antisemiten Glagau und andere bezeichneten), die das Vokabular popularisierten, spielte in der sogenannten Hochkultur Richard Wagner eine wichtige Rolle für den deutschen Antisemitismus, Rose (1999); Scheit (1999), S. 266–316; Zelinsky (1976).

90 Zusätzlich zu den bisher Genannten z.B. Behrendt (1999), S. 94–113; Haury (2002), S. 30–122; Imhof (1996); Paul (1999), S. 45–93; Sieg 2007; Sieg (2009), S. 103–120.

91 Volkov (1990), S. 33.

92 Berding (1988), S. 110ff.; Bergmann (1999); Jochmann (1988), S. 65ff.; Puschner (2001).

93 Vgl. die Arbeitsdefinition zu Antisemitismus, die 2004 vom European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC, heute FRA) entwickelt wurde. Sie schließt auch das Phänomen des sekundären Antisemitismus, der Judenfeindschaft nach Auschwitz sowie eine spezifische Kritik am jüdischen Staat Israel als Antisemitismus ein. Den Text veröffentlichte das European Forum on Antisemitism in Englisch, Deutsch und vielen weiteren